



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese Ausgabe des Newsletter *Kurz & Gut* enthält die wichtigsten Informationen zu den politischen Ereignissen der vergangenen zwei Plenarwochen. Die Topthemen waren einerseits der Rücktritt von Franz Josef Jung sowie andererseits das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der CDU/CSU und FDP Fraktionen.

Wir berichten über den notwendigen Rücktritt des ehemaligen Verteidigungs- und Arbeitsministers Franz Josef Jung. Der Versuch Jungs, das Parlament und die Öffentlichkeit über die Vorgänge im Kunduz zu täuschen, ist skandalös. Wir werden nicht locker lassen und fordern eine parlamentarische Untersuchung des Vorfalls, an der auch der neue Verteidigungsminister zu Guttenberg sowie Kanzlerin Merkel mitwirken müssen. Auch die weiteren Themen der vergangenen Wochen standen in Zeichen der Außen- und Verteidigungspolitik. Sie SPD hält an einer Fortsetzung des ISAF-Mandates in Afghanistan fest, fordert jedoch gleichzeitig eine sinnvolle Exit-Strategie. Demgegenüber setzten wir uns für den Ausstieg aus OEF ein.

In der letzten Novemberwoche haben wir das „Wachstumsverhinderungsgesetz“ abschließend beraten. Für uns ist klar: Mit dem Maßnahmenkatalog der Regierung wird eine Wachstumsbeschleunigung nie und nimmer zu erreichen sein. Um unsinnige Geschenke an die eigene Klientel zu verteilen, werden wichtige Zukunftsinvestitionen aufs Spiel gesetzt. Das alles ist zudem eine Kampfansage an die Gerechtigkeit der Besteuerung und ein Raubzug auf Kosten der Zukunft. Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel haben der Kanzlerin deshalb einen Pakt der wirtschaftlichen Vernunft angeboten. Die zentralen Elemente sind die konsequente Regulierung der Finanzmärkte, wirksame Maßnahmen zur Sicherstellung der Kreditversorgung, vor allem für den Mittelstand, und eine nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Damit machen wir erneut deutlich, dass wir im Gegensatz zur Regierung ein tragfähiges Konzept für die Zukunft unseres Landes haben.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

Weitere Themen sind unter anderem die Auslandseinsätze der Bundeswehr, der Umbau der Job Center sowie die Forderungen für die Klimakonferenz in Kopenhagen.

Glückauf wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, SILVIA POPP
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite	Seite
03 Topthema: Jung hinterlässt mehr Fragen als Antworten	09 Beschäftigtendatenschutzgesetz
04 Topthema: Wachstumsverhinderungsgesetz	10 Umbau der JobCenter verantwortungslos
07 SPD fordert Studienpaket – Schavan sitzt Bildungsproteste aus	12 ISAF Fortsetzung mit klarem Fahrplan
08 Beschäftigungsbrücke durch Altersteilzeit erhalten	13 SPD für Ausstieg aus OEF
	14 Forderungen für Klimakonferenz in Kopenhagen

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

TOPTHEMA

Jung hinterlässt mehr Fragen als Antworten

Der frühere Verteidigungsminister und nun auch frühere Arbeitsminister hat sich auf Druck von uns und der anderen Oppositionsfraktionen sowie der Medien zum Rücktritt entschieden. Dies war notwendig. Selbst aus den Reihen des Koalitionspartners der Union wurden Rücktrittsforderungen laut. Minister Jung hatte bis zum Schluss versucht Parlament und Öffentlichkeit über die Informationspolitik des Verteidigungsministeriums nach dem Luftangriff auf zwei entführte Tanklaster Anfang am 4. September zu täuschen und die Vorgänge zu verschleiern. So entstand der Eindruck, dass Jung entweder sein Ministerium nicht im Griff hatte und seinen Aufgaben nicht gewachsen war oder aber bewusst Informationen zurück gehalten hatte.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion erklärte dazu: „Es ist gut, dass Minister Jung schnell die Konsequenzen gezogen hat und zurückgetreten ist. In den letzten nicht mal 36 Stunden haben drei hohe Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland ihre Ämter niedergelegt. Doch die Informationspannen sind damit noch nicht aufgeklärt. Im Gegenteil: Die neue Bundesregierung hat angeblich neue Daten erhalten somit gibt es neue Fragen.“ Der Rücktritt von Jung sei zwar eine Konsequenz, aber keine Antwort. Aufklären könne nur der amtierende Verteidigungsminister zu Guttenberg. Er hätte sich gestern und heute dazu bereit erklärt und dieses Angebot nehme die SPD gerne an. Und zwar in einem Untersuchungsausschuss. „Das war nicht nur eine Informationspanne, sondern ein schwerwiegender Eingriff in die Rechte des Bundestages“, sagte Oppermann. Die Bundeswehr ist nach unserer Verfassung eine Parlamentsarmee. Nur das Parlament kann die Bundeswehr in Auslandseinsätze schicken. Die sind oft mit Gefahren für Leib und Leben unserer Soldaten verbunden. „Es ist ein unerhörter Vorgang, dass die Regierung dem Parlament entscheidungserhebliche Informationen vorenthalten hat und der Bundestag auf lückenhafter Grundlage über lebensgefährliche Einsätze der Soldaten entscheiden sollte. Dadurch ist eine Vertrauenskrise zwischen Parlament und Regierung entstanden. Diese muss wieder beseitigt werden,“ so Oppermann. Der Bundestag kann nur dann verantwortungsvolle Entscheidungen treffen, wenn er alle erforderlichen Informationen bekommt. Jetzt muss sorgfältig geprüft werden, wie es zu dem Vorfall kommen konnte. Wir

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

wollen wissen, wer wann von wem informiert wurde. Wir wollen wissen, mit wem in welchen Runden über den Vorfall geredet wurde und auf welcher Grundlage. Und wir wollen auch wissen, wer nicht informiert wurde und warum nicht.

Am 2. Dezember hat der Verteidigungsausschuss des Bundestages einstimmig seine Umwandlung in einen Untersuchungsausschuss beschlossen. Dieser soll sich am 16. Dezember konstituieren. Die Fraktionen der Regierungsparteien und die Opposition werden gemeinsam einen Fragenkatalog erarbeiten. Untersucht werden sollen zum einen die Umstände zu der Bombardierung der beiden entführten Tanklaster im Kundus am 4. September, der bis zu 142 Tote und Verletzte, darunter auch Zivilisten, zum Opfer gefallen sind. Und zum anderen ist zu klären, wer wann was im Verteidigungsministerium und Kanzleramt von den zivilen Opfern wusste und wer nichts wusste und warum. Voraussichtlich werden die Kanzlerin, der neue und der damalige Verteidigungsminister und der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr geladen. Unklar ist, ob der Verteidigungsausschuss, dessen Sitzungen normalerweise nicht öffentlich sind, die politischen Fragen im Rahmen der Untersuchung transparent behandeln wird. Dazu sagte unser Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, Thomas Oppermann, Aufklärung hinter verschlossenen Türen sei der Bevölkerung, die auf eine lückenlose Information dränge, nicht zu vermitteln. Sollten die Regierungsfractionen öffentliche Sitzungen in wichtigen politischen Belangen nicht zulassen, werden wir gemeinsam mit Grünen und Linken die Einsetzung eines zweiten Untersuchungsausschusses durchsetzen.

TOPTHEMA

Wachstumsverhinderungsgesetz

Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz geht die Regierung ein unverantwortliches finanzpolitisches Abenteuer ein. Durch das Gesetz droht keine Förderung, sondern eine Hemmung des Wachstums. Es befriedigt Klientelwünsche, führt neue Subventionen und Privilegien ein. Dieses Geschäft geht direkt zu Lasten der Investitionen in Bildung und Forschung und zu Lasten unserer Kinder und Enkel, die schlechtere Kindergärten und Schulen, dafür aber mehr Schulden und Zinsen bekommen. Wir fordern Angela Merkel auf, zur Vernunft zu kommen und auf unsinnige

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

Klientelgeschenke zu verzichten. Stattdessen bieten wir einen Pakt der wirtschaftlichen Vernunft an, um die erforderlichen Zukunftsinvestitionen in Deutschland zu mobilisieren. Wir wollen, dass der Bund jedes Jahr 10 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investiert und dabei den Ländern bei ihren Aufgaben entgegen kommt. Was nützt es, wenn die Bundesregierung ihren Teil am 10-Prozent-Ziel gerade so erreicht, aber den Ländern den Boden unter den Füßen wegzieht? Wir stehen, wo es um die Zukunft Deutschlands geht, für die gesamtstaatliche Verantwortung und für die Partnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen.

Für uns ist klar: Das einzige, was sich durch dieses Gesetz beschleunigen wird, ist das Wachstum des Schuldenberges. Auch nach Einschätzung der Sachverständigen bei der Anhörung des Finanzausschusses verfehlt das Gesetz das Ziel der Wachstumsstärkung. Die Hauptkritik insbesondere der Wirtschaftswissenschaftler richtet sich gegen die Absicht von Schwarz-Gelb, trotz des enormen Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte umfangreiche Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung durchzusetzen. Der Sachverständigenrat stellt fest, dass sich Steuersenkungen selbst unter günstigsten Bedingungen nur zu einem geringen Anteil selbst finanzieren. Vor allem die kommunalen Spitzenverbände warnen deshalb davor, dass die durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle, die bereits angespannte Einnahmehasis des Staates zusätzlich schwächen. Länder und Kommunen haben deshalb keine andere Wahl, als die Steuerausfälle durch Kürzung der Ausgaben für Investitionen, Bildung und die soziale Daseinsvorsorge zu kompensieren. Gerade eine Ausweitung und Verstetigung der öffentlichen Investitionen und der Bildungsausgaben sind aber die Grundlage für eine positive Wirtschaftsentwicklung.

Die geplante Anhebung der Freibeträge für Kinder und des Kindergelds entspricht nach einhelliger Expertenmeinung weder den Anforderungen einer gerechten Familienförderung noch denen einer effektiven Wachstumsförderung. Dies liegt daran, dass von der deutlichen Anhebung der Freibeträge vor allem Besserverdienende profitieren. Aber auch die Erhöhung des Kindergelds erreicht nicht alle Familien. Um den Familien zu helfen, die dies am dringendsten brauchen, wäre deshalb eine Erhöhung der Kinderregelsätze in der Sozialhilfe erforderlich. Dies wäre auch ein effektiver Wachstumsbeitrag, da diese Familien das

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

zusätzliche Einkommen nicht sparen, sondern vollständig konsumieren würden. Die Absenkung der Umsatzsteuer für Übernachtungsleistungen in Hotels wird keinerlei positive Wachstumswirkungen haben. Nach aller Erfahrung kann von einer Weitergabe der Steuerermäßigung an die Kunden und Beschäftigten nicht ausgegangen werden. Die Einführung dieser neuen Subvention birgt deshalb das Risiko hoher zusätzlicher Steuerausfälle. Bei den Änderungen der Unternehmensbesteuerung geht es Schwarz-Gelb nicht um die Beseitigung krisenverschärfender Regelungen, sondern um die Rücknahme wichtiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen für die Entlastungen bei der Unternehmenssteuerreform 2008. Die Aufweichungen bei der Zinsschranke, bei der Verlustverrechnungsbeschränkung und bei der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen vergrößern die Spielräume für missbräuchliche Steuergestaltungen und erleichtern erneut Gewinnverlagerungen ins Ausland. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen der Regelungen zur Unternehmensnachfolge bei der Erbschaftsteuer werfen erhebliche verfassungsrechtliche Probleme auf. Danach geht die vorgesehene Verkürzung der Behaltens- und Lohnsummenfristen für das Betriebsvermögen so weit, dass die Anforderungen einer am Gemeinwohl orientierten und damit sachgerechten Privilegierung nicht mehr erfüllt sind. Die schwarz-gelbe Bundesregierung gefährdet damit durch die verfassungswidrige Überprivilegierung des Betriebsvermögens den Bestand des Erbschaftsteuergesetzes.

Auch die Länder und Gemeinden haben ihre Probleme mit dem Gesetzentwurf, der sie mit hohen Steuerausfällen bedroht (ab 2010 für die Länder mind. 2,5 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 1,1 Milliarden Euro jährlich, ab 2011 für die Länder mind. 10,1 Milliarden Euro, für die Kommunen mind. 6 Milliarden Euro jährlich). Damit macht Schwarz-Gelb eindeutig kommunalfeindliche Politik. Die Kommunen können so nicht mehr zuverlässig ihre Aufgaben wie die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, den Ausbau der Kinderbetreuung, Bildung, Integration und eine gute Infrastruktur bewältigen. Das Gesetz soll am 18. Dezember im Bundesrat beraten werden. Wir unterstützen Rheinland-Pfalz und jedes andere Land, das den Etikettenschwindel des schwarz-gelben Gesetzes im Bundesrat verhindern will.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

BILDUNG

SPD fordert Studienpakt – Schavan sitzt Bildungsproteste aus

Im Vorfeld der Jahreskonferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 16. Dezember 2009 machen Studierende mit ihrer dritten Aktionswoche auf ihre Anliegen aufmerksam. Sie wollen bessere Lernbedingungen an den Hochschulen und mehr Chancengleichheit in der Bildung. Vor diesem Hintergrund fand am 3. Dezember 2009 auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion eine Aktuelle Stunde unter dem Titel „Bildungsproteste nicht aussitzen – Hochschulgipfel vorziehen“ statt. Außerdem hat die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung das Positionspapier „Jetzt Studienpakt für gute Lehre durchsetzen – 11 Punkte für den dritten Schritt einer kooperativen Bund-Länder Hochschulpolitik“ vorgelegt. Dazu hat die Fraktion einen Antrag beschlossen, der in der kommenden Sitzungswoche im Bundestag beraten wird.

Die Studierenden fordern mehr Geld und mehr und besser ausgebildetes Lehrpersonal. Außerdem richten sich die Proteste gegen die bisherige Umsetzung des sog. Bologna-Prozesses zur Angleichung der Studiensysteme in Europa. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Forderung nach mehr Chancengleichheit in der Bildung durch Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule und die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Zu mehr Chancengleichheit gehört für die Studierenden auch die Erhöhung der BAföG-Sätze. Doch Schwarz-Gelb hat außer der Privatisierung der Bildung kein Konzept zu bieten.

Zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und Offenheit der deutschen Hochschulen müssen Bund und Länder besser zusammenarbeiten. Weder der Bund, der mit der Neugestaltung des Rahmenrechts den Bologna-Prozess begonnen hat, noch die Länder und Hochschulen, die den Prozess seitdem maßgeblich gestalten, dürfen sich aus ihrer Verantwortung stehlen. Die Studierenden haben das Schwarzer-Peter-Spiel mit gegenseitigen Schuldvorwürfen zwischen der Hochschulrektorenkonferenz, dem Bund und den Ländern satt. Deshalb fordern wir, dass Bund und Länder in Verhandlungen zu einem „Pakt für Studienqualität und gute Lehre“ zusammenkommen. Bund und Länder sollen für bessere Studienbedingungen und gute Lehre in den neuen Bachelor/Master-Studiengängen in einem ersten Schritt mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich für drei Jahre zur Verfügung stellen, so wie es

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

Hochschulrektorenkonferenz und Wissenschaftsrat mehrfach gefordert haben. Außerdem wollen wir ein höheres BAföG für mehr Studierende sowie Schülerinnen und Schüler erreichen. Dabei sind folgende Anforderungen zu berücksichtigen: die Erhöhung der Altersgrenzen und der Einkommensfreibeträge, die Einbeziehung berufsbegleitender Studiengänge und die Ausweitung der elternabhängigen Schülerförderung auf zu Hause wohnende Oberstufenschülerinnen und -schüler. Die Überarbeitung der Bachelor/Master-Studienreform muss länderübergreifend vergleichbar und mit dem Ziel erfolgen, die Studierbarkeit zu verbessern, den Wechsel von Studienorten sowie Auslandsaufenthalte zu sichern und die Berufsfähigkeit zu stärken. Dabei muss sichergestellt werden, dass jede und jeder mit einem Bachelorabschluss, die oder der ein Master-Studium anstrebt, auch einen Studienplatz bekommt. Außerdem muss eine Personaloffensive erfolgen, die zusätzliches Lehrpersonal bei Professoren, Juniorprofessuren und vor allem im Mittelbau ermöglicht. Ein gemeinsamer Wettbewerb „Gute Lehre“ soll die vorbildliche Verbindung von guten Ausbildungs- und Wissensvermittlungsleistungen mit dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag an Hochschulen prämiieren. Studienberatung und -betreuung müssen deutlich ausgebaut und auf die Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet werden. Ein dialogorientiertes Zulassungsverfahren muss zügig umgesetzt und dabei die Teilnahme aller Hochschulen mit allen Studiengängen sowie die Entlastung der Studierenden gesichert werden.

Zudem wollen wir erreichen, dass das sozial ungerechte Stipendienmodell von Schwarz-Gelb gestoppt wird. Dies will Schavan übrigens dadurch durchsetzen, dass sie die Zustimmung der SPD-Länder zu ihrem Stipendienmodell zur Bedingung für eine BAföG-Erhöhung macht. Das zeigt deutlich, ihr geht es nicht um die Anliegen der Studierenden, die von ihr angekündigte BAföG-Erhöhung ist schlichte Verhandlungsmasse.

ARBEIT

Beschäftigungsbrücke durch Altersteilzeit erhalten

Das Auslaufen der geförderten Altersteilzeit nach dem 31. Dezember 2009 muss verhindert werden. Wir brauchen auch weiterhin flexible Instrumente, damit die Wirtschaftskrise nicht mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Die geförderte Altersteilzeit hat sich als Beschäftigungsbrücke für Jung und Alt bewährt und muss über das Jahresende hinaus

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

verlängert werden. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion am 26. November einen Gesetzentwurf (Drs.17/20) eingebracht.

Mit Hilfe der massiven Verbesserungen bei der Kurzarbeit, die von Olaf Scholz durchgesetzt wurden, konnten laut OECD 400.000 Arbeitsplätze gerettet werden. Zwei Gruppen sind aber trotzdem besonders hart betroffen: Ältere Menschen über 50 und jüngere Menschen unter 25 Jahren sind in diesem Jahr überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Beide Gruppen brauchen weiterhin die gezielte Unterstützung durch das Altersteilzeitgesetz. Dafür setzen wir uns ein. Unser Gesetzentwurf sieht vor, dass die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre bis 2014 verlängert wird. Ältere Arbeitnehmer können auf dieser Rechtsgrundlage ab dem 55. Lebensjahr ihre Arbeitszeit mindern. Die Förderung ist an die Bedingung geknüpft, dass Unternehmen gleichzeitig Jüngeren den Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.

Beschäftigtendatenschutzgesetz

Wir benötigen ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, das sicherstellt, dass das Persönlichkeitsrecht der Beschäftigten geachtet und wirksam geschützt wird. Die Koalitionsvereinbarung, die den Arbeitnehmerdatenschutz in einem Kapitel des Bundesdatenschutzgesetzes unterbringen will, kann dies nicht leisten. Sie ist in Wahrheit der Einstieg in den Ausstieg aus einer rechtssicheren Lösung der bekannt gewordenen Probleme. Deshalb haben wir am 3. Dezember ein eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz eingebracht. Der Gesetzentwurf greift insbesondere aktuelle Themen der Arbeitswelt wie Videoüberwachung, Detektiveinsatz, Internet- und E-Mail-Kontrolle am Arbeitsplatz auf.

Die jüngst bekannt gewordenen Bespitzelungen und Überwachungen von Beschäftigten im Lebensmitteleinzelhandel sind ebenso empörend, wie die vielen Fälle von Datenmissbrauch der vergangenen Jahre. Nötig sind klare und für jedermann verständliche Regelungen. Die nicht abreißende Kette von Verstößen gegen die Persönlichkeitsrechte von Beschäftigten macht deutlich, dass wir Leitplanken und strikte Grenzlinien brauchen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

Der von uns eingebrachte Gesetzentwurf (Drs. 17/69) gibt die notwendigen Antworten. Dazu gehört eine klare Regelung, welche Daten eines Bewerbers im Einstellungsverfahren erhoben und verwendet werden dürfen. Erstmals werden die Grenzen des Fragerechts des Arbeitgebers klar definiert, so etwa bei Fragen nach der Religion, der sexuellen Identität, der politischen Einstellung oder gewerkschaftlichen Betätigung. Auskünfte über einen Bewerber bei Dritten darf der Arbeitgeber nur mit dessen Einwilligung einholen. Gesundheitliche Untersuchungen sind im Einstellungsverfahren nur noch unter klar benannten Voraussetzungen möglich. Fragen des Arbeitgebers nach Diagnosen und Befunden gesundheitlicher Untersuchungen des Beschäftigten sind grundsätzlich unzulässig.

Auch für laufende Beschäftigungsverhältnisse wird klar festgelegt, welche Daten über den Beschäftigten durch den Arbeitgeber erhoben und verwendet werden dürfen. Die Daten müssen dabei für den Arbeitgeber erforderlich sein, um seine Pflichten zu erfüllen oder seine Rechte wahrzunehmen. So ist beispielsweise die gezielte Videoüberwachung grundsätzlich verboten. Des Weiteren legt der Gesetzentwurf klare Regelungen für die private Nutzung von Telefon, E-Mail und Internet am Arbeitsplatz fest. Beschäftigte, deren Daten unzulässig oder unrichtig erhoben oder verwendet wurden, haben Anspruch auf Korrektur und Schadensersatz.

Umbau der Jobcenter verantwortungslos

Schwarz-Gelb möchte die bewährte gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch Bund, Städte und Gemeinden aufgeben und auf getrennte Aufgabenwahrnehmung umstellen. Das heißt, die ARGEN und Optionskommunen müssen Ende 2010 aufgelöst werden. Für derzeit 6,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger bedeutet das, sie müssen zu zwei Behörden gehen, müssen zweimal Anträge stellen, ihre Akten müssen zweimal geprüft werden und sie bekommen zwei Bescheide. Und das in einer Zeit, in der es wichtig wäre, bestehende Strukturen zu stabilisieren.

Hintergrund für die Entscheidung ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bund für verfassungswidrig erklärt hat, weil das Grundgesetz eine Zusammenarbeit von Kommunen und Bund nicht vorsieht. Die Frist, die

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat, endet am 31. Dezember 2010. Dann haben die ARGEN und die Optionskommunen keine Rechtsgrundlage mehr. Da sich diese Strukturen aber als intakt und arbeitsfähig erwiesen haben, sollte eine Möglichkeit gefunden werden, mit einer Grundgesetzänderung die Modelle zu erhalten. Die Fraktion hat in ihrer Sitzung am 1. Dezember dazu zwei Gesetzentwürfe beschlossen. Die Gesetzentwürfe basieren auf dem noch von Olaf Scholz mit den Ländern ausgehandelten Vorschlag.

Alle 16 Ministerpräsidenten der Länder hatten im März diesem Vorschlag zugestimmt, ebenso das CDU-Präsidium. Wer nicht zustimmte, war die CDU/CSU-Fraktion. Damit scheiterte eine vernünftige Lösung in einer für den Arbeitsmarkt schwierigen Zeit. Die neue schwarz-gelbe Regierung widersteht nun auch wieder einer vernünftigen Lösung und strebt einen Weg an, der die Arbeitsvermittlung auf unverantwortliche Weise erschwert. Die Bundesländer haben sich vergangene Woche auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz mit einem eindeutigen Votum für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, die die Einrichtung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung auf eine grundgesetzlich feste Grundlage stellt. Die Bundesregierung täte gut daran, auf die Länder zu hören.

Mit den Gesetzentwürfen werden die Voraussetzungen geschaffen, damit für die Träger Bundesagentur für Arbeit und Kommunen auch künftig die Aufgaben gemeinsam wahrgenommen werden können. Dazu werden so genannte „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ als Anstalten des öffentlichen Rechts errichtet, in denen die Träger ihre Kompetenzen bündeln und die Hilfen einheitlich erbringen. Die Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Träger bleiben für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben verantwortlich. Durch klare Aufsichtsstrukturen ist Transparenz für den Bürger und die Möglichkeit der Zuordnung der Verantwortung für die einzelnen Leistungen gegeben. Der Entwurf baut damit auf den Erfahrungen der Zusammenarbeit auf und entwickelt diese im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts weiter. Diese Lösung bietet sowohl den Arbeitssuchenden als auch den Beschäftigten verlässliche Strukturen, den geringsten Grad an Bürokratie und letztlich deutlich weniger Kosten als der Vorschlag der Bundesregierung.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

AUSSEN

ISAF Fortsetzung mit klarem Fahrplan

Der Deutsche Bundestag hat am 26. November 2009 den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) (Drucksache 17/39) in 1. Lesung beraten. Der Antrag umfasst - unverändert zur letzten Mandatsverlängerung im Herbst 2008 - den Einsatz von maximal 4.500 Soldaten. Die Kosten für den Einsatz sollen von derzeit 590 Millionen Euro auf 821 Millionen Euro steigen.

Die Spitze der SPD-Bundestagsfraktion spricht sich für die Fortsetzung des Deutschen Engagements in Afghanistan im Rahmen von ISAF aus. Wir müssen deutlich machen, dass wir zu unserer Verantwortung gegenüber unseren Verbündeten und der afghanischen Bevölkerung stehen. Ein Rückzug zum jetzigen Zeitpunkt hätte fatale Folgen für unsere Sicherheit und die Menschen in Afghanistan, die nach 30 Jahren Krieg und Zerstörung ein Recht auf Frieden und ein geordnetes Leben haben. Grundlage dafür ist der 10-Punkte-Plan, den Frank-Walter Steinmeier als damaliger Außenminister in diesem Sommer vorgelegt hat.

Der Entwurf des Entschließungsantrags formuliert zehn konkrete Forderungen an die Bundesregierung in Vorbereitung auf die Afghanistan-Konferenz Anfang 2010. Denn Afghanistan braucht eine klare Perspektive – für die Entwicklung des Landes, für das internationale Engagement und für den Einsatz der internationalen Schutztruppe ISAF. Die Präsidentenwahl und das Auslaufen des Afghanistan-Pakts zwischen der internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Regierung (Afghan Compact) im nächsten Jahr stellen einen doppelten Einschnitt dar. Dieser sollte für eine gemeinsame Definition einer solchen Perspektive genutzt werden. Die Sicherheitsverantwortung soll nach unserer Auffassung Region für Region und Provinz für Provinz in afghanische Hände übergehen. Deshalb stellt der Antragsentwurf vor allem die Erarbeitung eines verbindlichen Fahrplans in den Vordergrund. Dieser muss anhand konkreter und zeitlich festgelegter Zwischenschritte die weitere Zusammenarbeit mit Präsident Karsai festlegen sowie Dauer und Ende des militärischen Engagements der Internationalen Gemeinschaft in Afghanistan beschreiben. Dies zu erreichen wird die Hauptaufgabe der internationalen Afghanistan-Konferenz im

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

nächsten Jahr sein. Die Bundesregierung soll deshalb dem Parlament einen Bericht zu ihrem Konzept und ihren Verhandlungszielen vor der Konferenz vorlegen.

Mit der neuen Regierung in Kabul muss es einen Neuanfang geben. Zu den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft müssen konkrete Gegenleistungen eingefordert werden. Dazu gehören entschlossene Schritte beim Schutz der Grundrechte, bei der Bekämpfung von Korruption, Misswirtschaft und der organisierten Drogenkriminalität. Dies sind Voraussetzungen dafür, um die Lage in Afghanistan zu stabilisieren. Um diese zu schaffen, muss die internationale Gemeinschaft geschlossen darauf drängen, dass korrupte Elemente aus ihren Ämtern entfernt werden. Auch die deutsche Hilfe muss wo nötig an strenge vertragliche Vereinbarungen gebunden werden. Als zentrale Aufgaben zur Stabilisierung Afghanistans gelten: der beschleunigte Aufbau der afghanischen Armee und der Polizeikräfte, die Sicherung der staatlichen Autorität auch außerhalb der städtischen Zentren, die Entwicklung alternativer Einkommensmöglichkeiten für die Landbevölkerung zur Zurückdrängung des Drogenanbaus, die Stärkung der Berufsausbildung sowie die Unterstützung der Versöhnungsinitiative der afghanischen Regierung zur Rückkehr von Mitläufern der Taliban in die afghanische Gesellschaft.

In der vergangenen Wahlperiode hat sich die Task-Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion bei der kritischen und konstruktiven Begleitung unseres Engagements in Afghanistan bewährt. Deshalb werden wir auch in der 17. Wahlperiode erneut eine solche Task-Force einsetzen. Diese soll von den Abgeordneten Christoph Strässer und Johannes Pflug geleitet werden.

SPD für Ausstieg aus OEF

Die Führung der SPD-Bundestagsfraktion schlägt vor, dem Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF) am Horn von Afrika (17/38), der am 26. November in 1. Lesung im Deutschen Bundestag beraten wurde, nicht zuzustimmen. Schon 2008 hatte die Bundesrepublik nach einer Initiative des damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier ihre Beteiligung an landgestützten OEF-Operationen beendet. In der Debatte erklärte unser

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

verteidigungspolitischer Sprecher Rainer Arnold, dass die SPD-Bundestagsfraktion sich bereits im letzten Jahr für ein Ende von OEF insgesamt ausgesprochen hätte. Dies sei aber vom damaligen Verteidigungsminister abgelehnt worden. Das „Eis der völkerrechtlichen Begründung“ für OEF werde acht Jahre nach dem Terrorangriff auf New York auch immer dünner. Für die aktuelle Entscheidung der Fraktionsspitze sprechen verschiedene Gründe: Umfang und Bedeutung dieser Mission gehen ständig zurück. Wurden im Jahr 2008 am Horn von Afrika noch fünf Einheiten eingesetzt, blieben im ersten Halbjahr 2009 rechnerisch noch 1,7 Einheiten übrig. Zuletzt war die Bundesrepublik bis Oktober mit einem Seefernaufklärer beteiligt. Bis Dezember 2009 ist jetzt wieder eine Fregatte vor Ort im Einsatz. Immer häufiger gibt es außerdem Überschneidungen und kurzfristige „Umflaggungen“ mit der Antipiraterie-Mission ATALANTA. Für die SPD ist das Nebeneinander der beiden Missionen nicht sinnvoll. Deshalb sollte die Bundeswehr ihr Engagement im Rahmen von OEF einstellen und ihren Beitrag zu ATALANTA stärken.

In dieser Woche standen somit drei Anträge der Bundesregierung zur Verlängerung von Auslandseinsätzen zur Debatte. Es ist wichtig und gut so, dass das Parlament an diesen Entscheidungen beteiligt werden muss, auch im Sinne der öffentlichen Debatte. Schwarz-Gelb hat anderes im Sinn: In ihrem Koalitionsvertrag kündigen Union und FDP Änderungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes bei Auslandseinsätzen und die Schaffung eines Vertrauensgremiums an. Sie behaupten, dass die jetzige Regelung, das Parlament zeitnah und ausreichend zu informieren, in bestimmten Fällen nicht zu halten sei. Dafür findet sich in der Vergangenheit aber kein einziges Beispiel. Eine Aufweichung oder gar die Demontage der Parlamentsrechte bei bewaffneten Auslandseinsätzen darf es nicht geben. Deutschland ist mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz bisher gut gefahren. Hier werden wir die Rechte des Bundestages verteidigen.

UMWELT

Forderungen für Klimakonferenz in Kopenhagen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung auf der 15. Klimakonferenz der Vereinten Nationen vom 7. bis 18. Dezember in Kopenhagen als Ergebnis einen Beschluss über ein rechtlich verbindliches Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll ab

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

2013 herbeizuführen. Dazu hat der Bundestag am 3. Dezember unseren Antrag „Die Klimakonferenz in Kopenhagen zum Erfolg führen – Deutschlands und Europas Vorreiterrolle nutzen und stärken“ (Drs. 17/105) beraten. Kernforderungen sind: die Zusage der europäischen Union ihre Treibhausgasemission um 30 Prozent zu reduzieren, und die Bereitstellung von 30 Milliarden Euro für die Entwicklungsländer.

Die Klimakonferenz darf nicht scheitern. Dem Klimawandel muss jetzt Einhalt geboten werden, um die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten. Nur so können die schlimmsten Folgen abgemildert werden. Schon jetzt sind vor allem die armen Regionen vom Klimawandel betroffen, den sie selbst nicht verursacht haben. Wir fordern von Bundeskanzlerin Merkel, ihr Bekenntnis von 2007 zu einer gerechten Verteilung anhand der Pro-Kopf-Emissionen zu erneuern und sich in Kopenhagen für ein faires und umfassendes Klimaschutzabkommen einzusetzen. Die Vorreiterrolle Deutschlands und Europas darf nicht verspielt werden. Unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier rief Merkel dazu auf, in Kopenhagen keine „Rote-Teppich-Show“ abzuhalten. Auch im Verhältnis zu den USA müsse die Bundesregierung mutiger sein. Doch dazu gehören ernsthafte Maßnahmen ins Konferenzgepäck der Kanzlerin. Diese sind bislang nicht bekannt oder fehlen komplett, was der neue Umweltminister mit schönen Worten fleißig vernebelt. Die Bundesregierung muss dafür eintreten, dass in Kopenhagen vereinbart wird, dass die Industriestaaten im Vergleich zu 1990 ihren Treibhausgasausstoß um mindestens 25 bis 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 bis 95 Prozent bis 2050 reduzieren. Ebenso sollen die Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Emissionen bis 2020 um 15 bis 30 Prozent unter den heute zu erwartenden Trend senken. Die am wenigsten entwickelten Länder sind davon auszunehmen.

Nachdem auch die USA, China und Indien Angebote gemacht haben, muss jetzt die EU mit neuen Angeboten die positive Entwicklung befördern. Die EU muss unabhängig von dem was andere Länder machen, ihren Treibhausgasausstoß um 30 Prozent mindern. Deutschland muss weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen, um glaubwürdig zu sein. Bis 2020 müssen hier die Emissionen um mindestens 40 Prozent gesenkt werden. Wenn die EU um 30 Prozent absenkt, dann sollte Deutschland eine Schippe drauflegen. Dazu müssen

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe XII/2009)

weitere Klimaschutzmaßnahmen angestrengt werden. Hier müssen Energieeffizienz und die großen Potenziale der erneuerbaren Energien im Wärmebereich im Mittelpunkt stehen. Und um den Ausbau der erneuerbaren Energie nicht zu gefährden, muss es auch beim Ausstieg aus der Risikotechnologie Atomkraft bleiben. Den Entwicklungsländern müssen konkrete Finanzierungsangebote von den Industriestaaten für die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen sowie für klimawandelbedingte Anpassungen (z. B. Deichbau) gemacht werden. Sonst werden sie keinem Klimaschutzabkommen zustimmen. Der Anteil der EU daran muss 30 Milliarden Euro betragen. Diese zusätzlichen Finanzierungshilfen dürfen nicht auf die international eingegangene Verpflichtung Deutschlands, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent vom Bruttonationaleinkommen (sog. ODA-Quote) zu steigern, angerechnet werden. Doch genau das wollen Union und FDP. So kann Entwicklungsminister Niebel zwar seine Zahlen schönen, aber bei den Entwicklungsländern wird das Vertrauen in die Zusagen der Industriestaaten zerstört. Außerdem will Schwarz-Gelb die Deckelung der CDM-Projekte (Clean Development Mechanism - Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung) im Bereich der EU überprüfen. Ziel ist es, sie zu kippen. Die Deckelung wurde geschaffen, um zu verhindern, dass Unternehmen zum Ausgleich für ihre Treibhausgasemissionen mehrheitlich kostengünstigere Projekte für den Klimaschutz in Entwicklungsländern umsetzen und in Europa alles beim Alten lassen. Dies gilt es auf jeden Fall zu verhindern.

In der Begrenzung des Klimawandels besteht auch die Chance zur Erneuerung und Zukunftsfähigkeit der Weltwirtschaft. Die Energiewende mit der Entwicklung neuer Technologien und die ausschließliche Nutzung erneuerbarer Energien ist weltweit der Schlüssel für die Arbeitsplätze der Zukunft und für Sicherheit, Wohlstand und Stabilität. Dafür gilt es jetzt in Kopenhagen die Weichen international richtig zu stellen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de